

Handelszeitung und volkswirtschaftliche Rundschau.

Zollkrieg mit Russland?

Der Handelsvertragsverein schreibt uns:

Die „Deutsche Volkswirtsch. Korr.“, die bekanntlich den Kreisen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller sehr nahesteht, hält es für angezeigt, in einer ihrer letzten Veröffentlichungen, die sich mit der Einführung eines Getreidezollens in Rußland und Finnland befaßt, in leichtfertiger Weise mit dem Gedanken eines deutsch-russischen Zollkrieges zu spielen. Die Korrespondenz schreibt wörtlich: „Abgesehen von etwaigen „Gegenmaßnahmen“, die wir gegen Rußland ergreifen könnten, wird es schließlich das klügste sein, daß wir selbst so bald wie möglich den Handelsvertrag kündigen und es auf einen zweiten Zollkrieg ankommen lassen, falls Rußland zum Abschluß eines neuen, beide Teile befriedigenden Vertrags nicht bereit sein sollte.“

Begründet wird der kriegslustige Vorschlag damit, daß die Einführung eines Getreide- und Mehlzollens in Finnland eine „offenbare Verletzung“ der Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages bedeute. In dieser Allgemeinheit ist die Behauptung falsch. Erstens würde die Einführung eines Getreidezollens (eventuell auch eines Mehlzollens) in Finnland keineswegs gegen die Bestimmungen des Handelsvertrages verstoßen, wenn die russische Regierung zwei Jahre vorher die deutsche Reichsregierung von ihrer Absicht verständigt. Nun ist aber bisher über den Zeitpunkt, wann der Getreidezoll in Finnland in Kraft treten soll, noch nichts bekannt; wie es mit dem ebenfalls in Aussicht genommenen Mehlzoll steht, ist aus den bisher vorliegenden Nachrichten nicht zu ersehen. Dazu kommt, worauf der Handelsvertragsverein schon wiederholt hingewiesen hat, daß die Einführung von ein oder zwei Zöllen in Finnland nicht ohne weiteres als „eine Einverleibung des finnischen Zollgebiets in dasjenige Rußlands“ bezeichnet werden kann — wie es in dem Schlußprotokoll des deutsch-russischen Handelsvertrages heißt —, und nur für diesen Fall ist die zweijährige Benachrichtigungsfrist vorgesehen. Die sofortige Inkraftsetzung des Zolls in Finnland würde daher wohl gegen den Geist, nicht aber gegen den Wortlaut des Handelsvertrages verstoßen. Dies aus dem Grunde, weil der Zweck der Vertragsklausel offensichtlich war, die deutsche Einfuhr nach Finnland vor zollpolitischen Überwachungen sicherzustellen, dieser Zweck aber verfehlt würde, wenn der weitläufige Exportartikel Deutschlands nach Finnland während der Vertragsdauer ungestört als bisher gestattet würde. Jedenfalls geht hieraus hervor, daß die „Deutsche Volkswirtsch. Korr.“ nicht nur stark übertriebt, sondern auch eine Unrichtigkeit behauptet.

Ein Anlaß zu Gegenmaßregeln besteht daher vorläufig nicht. Am wenigsten wegen der Einführung eines Getreidezollens in Rußland, der ebenso wie in Finnland in Höhe von 30 Kop, für das Pud brutto zur Einführung kommen soll. Einen Mehlzoll besitzt Rußland schon gegenwärtig in Höhe von 45 Kop, für das Pud, im Gegensatz zu Finnland, wo jetzt sowohl Getreide als auch Mehl zollfrei ist. Da nun im deutsch-russischen Handelsvertrage die Zollfreiheit für Getreide und Mehl für Rußland ebensowohl wie für Finnland vertraglich gebunden ist, so hat Rußland ebenso wie jeder andere Vertragsstaat das zweifelhafte Recht, auch während der Vertragsdauer solche vertraglich nicht gebundene oder ermäßigte Artikel mit einem Zoll zu belasten.

Darin geben wir der Korrespondenz allerdings recht, daß Deutschland jetzt keinen Grund hat, Rußland handelspolitisch nachzugeben oder besonders entgegenzukommen. Aber darum handelt es sich gar nicht! Deutschland wird nicht umhin können, spätestens bei der Erneuerung des Handelsvertrages über die Frage des Einfuhrsystems mit Rußland zu verhandeln. Es ist nur eine taktische Frage, ob es zweckmäßig ist, diese Verhandlungen schon jetzt zu beginnen. Überdies liegt eine Abänderung des Einfuhrsystems im eigenen Interesse der deutschen Volkswirtschaft und braucht nicht als ein Entgegenkommen gegenüber Rußland aufzufaßt zu werden. Umgekehrt haben wir keinen Grund, Rußland handelspolitisch zu bröckeln. Und die von der Deutschen „Volkswirtsch. Korr.“ befürworteten Gegenmaßnahmen würden einer Provokation gleichkommen.

Man braucht kaum darauf hinzuweisen, daß bei der hochgradigen politischen Spannung zwischen beiden Ländern jeder handelspolitische Konflikt eine ernstliche Belastungsprobe des Friedens bedeutet. Darum sollte man sich hüben und drüben vor aller Hetzerei und Scharfmacherei hüten.

Börsen- und Handelswesen.

Neue Leipziger Börsenwerte. Auf Grund von § 39 des Börsengesetzes sind 38 325 000 \mathcal{M} prozent. Deutsche Schutzgebietsanleihe von 1908, 33 900 000 \mathcal{M} prozent. von 1910, 38 000 000 \mathcal{M} prozent. von 1911 und 47 800 000 \mathcal{M} prozent. von 1913 zum Handel und zur Notiz an hiesiger Börse zugelassen. Die erste Notierung hierfür erfolgt am 1. April 1914.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Berlin — man darf wohl das Wort gebrauchen — eine Art Kursanomalie herausgebildet hat. Dort notieren die Schutzgebietsanleihen mit 96,50 Proz. etwa 2 Proz. unter dem Reichsanleihen. Diese Minderbewertung ist insofern unberechtigt, als für die Schutzgebietsanleihen nicht nur die Kolonien haften, sondern auch das Reich als Bürge zeichnet hat. Die Schutzgebietsanleihen stehen also an Sicherheit im Fonds des Reiches nicht nach. Eine Kurskorrektur nach oben wäre also nur berechtigt.

Leipziger Börsensanction. Vom 1. April 1914 ab werden Oelsitzer Kuxe exkl. Ausbeute an hiesiger Börse gehandelt und notiert.

Neue Papiere in Berlin. Beantragt ist die Zulassung von 397 110 000 \mathcal{M} gleich 396 000 000 Kr. gleich 416 430 000 \mathcal{M} gleich 199 886 400 holländ. Gulden k. k. österreichischen 4 $\frac{1}{2}$ proz. steuerfreien amortisierbaren Staatsanleihen aus dem Jahre 1914.

Dividendenschuldentreibungen. Abzulösen sind heute die Dividendenscheine der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Aktien (1/2 Proz.), Barmer Bankverein-Aktien (6 $\frac{1}{2}$ Proz.) und Gerb- und Farbstoff Renner-Aktien (19 Proz.).

Standardmuster. Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler, E. V., bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Standardmuster für den Deutsch-Niederländischen

Getreidevertrag der Januar-1914-Abbildungen von dem Asow, der Donau und dem Schwarzen Meere am 28. März festgestellt sind.

Bank- und Geldwesen.

Br Dresdner Bank. Die unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Eduard Arnold in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters Dr. Adickes abgehaltene Generalversammlung, in der 31 Aktionäre mit 49 006 Stimmen anwesend waren, erledigte laut Drahtmeldung unseres Dresdener Mitarbeiters die Tagesordnung. Die auf 8 $\frac{1}{2}$ Proz. festgesetzte Dividende gelangt sofort zur Auszahlung. Die satzungsgemäß ausweichenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Geheimrat Kommerzienrat Gustav von Klemperer in Dresden und Geheimrat Oberfinanzrat W. Müller in Berlin, sowie Geheimrat Körner und Bankdirektor Ferdinand Grunberg, Direktor der Sächsischen Bank, wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt. In dem letzten Jahre sind die Aufsichtsratsmitglieder Senator Achella, Geheimrat Kommerzienrat Kellmann, Konsul Knopp und Direktor Schuster durch Tod ausgeschieden und Kommerzienrat Hempmann, bisheriger Direktor des A. Schaffhausenschen Bankvereins, zurückgetreten.

Auf die Anfrage eines Aktionärs, der der Verwaltung den Dank für das unter schwierigen Verhältnissen erzielte günstige Resultat zum Ausdruck brachte, teilte Geheimrat Gutmann mit, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre bisher günstig gewesen ist; ein großer Teil der Effekten konnte mit Gewinn realisiert werden. Man hat neue Konsortialgeschäfte erfolgreich abgeschlossen. Ferner teilte die Verwaltung mit, daß, falls der Friede erhalten bleibe, für dieses Jahr wieder ein günstiges Ergebnis erhofft werden dürfe.

Gettingswälder Bank. Die Generalversammlung war von 48 Aktionären besucht, die 344 Stimmen vertraten. Die Dividende wurde auf 7 Proz. festgesetzt. In den Aufsichtsrat wurden die satzungsgemäß ausweichenden Herren wieder und Fabrikbesitzer Wilhelm Froberg-Rohwein neu gewählt.

Eine neue Bankfusion. Der Aufsichtsrat und die persönlich haftenden Gesellschafter der Kollédaer Bank haben einstimmig beschlossen, die Kollédaer Bank, die seit über 40 Jahren ein gutes Geschäft in Kolléda betreibt und in neuerer Zeit in Sömmerda eine Filiale eröffnet hat, mit der Mitteldeutschen Privatbank, Filiale Erfurt, mit der sie seit langen Jahren in Geschäftsbeziehungen steht, zu verschmelzen. Eine am 15. April einberufene Generalversammlung der Kommanditisten der Kollédaer Bank soll über die Verschmelzung Beschluß fassen.

Montanindustrie.

Gewerkschaft Leipzig-Dölitz, Kohlenwerke. Mit der Erhöhung des Umsatzes in 1913 ging, wie der Geschäftsbericht ausführt, eine weitere Steigerung der Jahresförderung Hand in Hand. Die Förderung betrug 1 497 816 (i. V. 1 448 079) bl. Nach Abzug des Selbstverbrauchs und des am 31. Dezember 1912 vorhandenen Stapels ergibt sich ein Rohkohlenabsatz von 1 322 642 (1 264 104) bl. Der Uberschuß aus dem Grubenbetrieb stellt sich einschließlich Vortrag auf 462 613 (462 718) \mathcal{M} . Allgemeine Unkosten erforderten 344 168 (341 394) \mathcal{M} , Abschreibungen 52 453 (54 908) \mathcal{M} , so daß ein Reingewinn von 65 992 (66 416) \mathcal{M} verbleibt.

Die am 28. März abgehaltene ordentliche Generalversammlung genehmigte den Jahresbericht. Nach dem Vorschlage des Grubenvorstandes gelangen wie im Vorjahre aus dem oben genannten Reingewinn 55 $\frac{1}{2}$ pro Kux als Ausbeute zur Verteilung. Aus den Verhandlungen der Generalversammlung ist besonders hervorzuheben, daß die Gewerkschaft nach neuesten, eingehenden und vorsichtigen Berechnungen Kohlenvorräte besitzt, die eine noch jahrzehntelange Lebensdauer des Werkes gewährleisten, selbst wenn die Förderung noch gesteigert werden sollte. Im neuen Jahre habe sich der Geschäftsgang bisher gut gestaltet.

Gewerkschaft „Sanssouci“ in Leipzig. Die im Mittwede abgehaltene Generalversammlung genehmigte einstimmig die Regularien. Es wurde beschlossen, das Werk weiter zu konsolidieren. Die Aussichten werden als nicht unangenehm bezeichnet.

Vom Walzdrahtverband. Zu den gestrigen Verhandlungen der gemischten Werke hören wir, daß in den nächsten Wochen die Beratungen fortgesetzt werden. Die Verhandlungen zum Beitritt des Wittener Gußstahlwerkes zu der Fünfergruppe, die bekanntlich die Interessengemeinschaft mit den zahlreichen Drahtverleiherwerken eingegangen ist, sind noch nicht zum definitiven Abschluß gelangt. Jedoch ist anzunehmen, daß auch dieser in den nächsten Wochen erfolgreich zu Ende geführt wird.

Bergwerksgesellschaft Hibernia. In der in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung waren laut Drahtmeldung unseres dortigen Mitarbeiters 67 192 800 \mathcal{M} Aktienkapital durch 28 Aktionäre vertreten, darunter durch den Vertreter des preussischen Fiskus 27 551 600 \mathcal{M} Stammaktien. Die Versammlung setzte die ab 1. April zahlbare Dividende auf 4 $\frac{1}{2}$ Proz. für die Vorkursaktien und auf 15 Proz. für die Stammaktien fest. Eine Ersatzwahl für den verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden Geheimrat Louis Harz wurde nicht vorgenommen. Irgendwelche Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. In der Generalversammlung wurde laut Drahtmeldung die sofort zahlbare Dividende auf 10 (i. V. 24) Proz. festgesetzt. Auf Anregung aus Aktionärskreisen wurde ein Antrag angenommen, nach dem zur Vermeidung von Spekulationen die Quartalsausweise zukünftig nicht mehr erscheinen sollen.

Über die Geschäftslage wurde mitgeteilt, daß der Zinkmarkt unter dem Einfluß des geringen Bedarfs und der Zurückhaltung der Händler ungunstig liege und man daher ab 1. Mai mit einer Betriebs einschränkung (durch den Zinkverband) rechnen könne. Der Bleimarkt sei weiter sehr reger und fest. Der Silbermarkt habe sich nicht geändert. Bei Grube Holzappel seien sehr günstige Aufschlüsse gemacht worden. Ebenso befriedigend die Aufschlüsse in den spanischen Gruben der Gesellschaft. Die neue Zinkhütte bei Neuß sei

programmäßig in Betrieb gekommen und arbeite zur Zufriedenheit.

Koloniale Bergbaugesellschaft. Das Unternehmen hatte früher, wie wir damals mitgeteilt haben, die Absicht, für das abgelaufene Geschäftsjahr eventuell keine Dividende auszuschütten, sondern den gesamten Gewinn zu Abschreibungen zu verwenden. Nunmehr hat die Verwaltung ihre Absicht geändert. Es gelangen für das letzte Jahr bei erhöhten Rückstellungen 2,5 Millionen Mark gegen 3,8 Millionen Mark im Vorjahr zur Ausschüttung, das sind, da die Gesellschaft nur 100 500 \mathcal{M} Kapital hat, rund 2500 Proz. Dividende.

Der Akt.-Ges. für Verkehrswaren fallen hieraus 800 000 \mathcal{M} zu, die aber erst in dem Abschluß des Jahres 1914 zur Verrechnung gelangen werden.

Donnersmarkthütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke, Akt.-Ges. Der Gewinn des abgelaufenen Jahres ist der höchste, den die Gesellschaft seit Bestehen des Werkes zu verzeichnen hat; er beträgt 6 546 997 \mathcal{M} gegen 5 792 972 \mathcal{M} im Vorjahre, ist also um 754 024 \mathcal{M} gestiegen. Das Unternehmen ist deshalb in der Lage, der Generalversammlung, wie bereits mitgeteilt, die Ausschüttung einer Dividende von 24 Proz. in Vorschlag zu bringen. Die Verluste, die der Gesellschaft der 4 Wochen dauernde Streik von etwa der Hälfte ihrer Grubenarbeiter verursacht hat, konnten in der Hauptsache durch das andauernd gute Kohlengeschäft wieder wettgemacht werden, auch war der Abbruch von Robeisen bei gestiegenen Preisen so lohnhaft, daß auch der Hochofenbetrieb nicht unwesentlich zu dem guten Resultat beitrug.

An weiteren Einzelheiten entnehmen wir dem Geschäftsbericht: Die Abbaueverhältnisse auf der Juliusgrube in Georgenberg sind durch starke Wasseraufzüge so schwierig und kostspielig geworden, daß der Betrieb eingestellt werden mußte. Ueber die Beteiligung bei der Salaugens Bergwerke-Aktieselskab berichtet der Vorstand, daß erneute Untersuchungen, die man durch einen Geologen vornehmen ließ, darzulegen haben, daß ein gewinnbringender Betrieb bei dem geringen Eisengehalt eines großen Teiles der Erzfelder nicht möglich ist, und man habe daher von der Wiederaufnahme des Betriebes endgültig Abstand genommen. Bei der Pyroluxit-Aktien-Gesellschaft verbleiben auch in diesem Jahre die günstigen Absatzverhältnisse die Forderkosten, so daß die Betriebsverhältnisse der früheren Jahre ausgeglichen werden können. Zur Sicherung ihres weiteren Bestandes hat die Gesellschaft mit dem Edelenten Jacobiew einen Optionsvertrag auf ein größeres Manganerzvorkommen geschlossen. Die bereits aufgenommenen Schürfarbeiten ergaben günstige Resultate.

Ueber die bekanntlich beantragte Kapitalerhöhung wird gesagt: Die Gesellschaft hat im Berichtsjahre für die Ausgestaltung der Gruben- und Hüttenwerke erhebliche Aufwendungen gemacht, sie war seither in der Lage, die erforderlichen Investitionen aus eigenen Mitteln bzw. den Abschreibungen zu decken. Für die nächste Zukunft stehen ihr aber für den Ausbau der Kohlengruben, Neubau eines Hochofens und der Röhrengießerei, für Erverzorgung usw. größere verbundene Ausgaben bevor, zu deren Deckung die Beschaffung neuen Kapitals notwendig bzw. zweckmäßig erscheint. Sie beantragt deshalb bei der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 12 615 000 auf 15 138 000 \mathcal{M} durch Ausgabe neuer, ab 1. Januar 1914 dividendenberechtigter Aktien, die den alten Aktien zum Bezuge angeboten werden sollen.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr können, wenn nicht unvorhersehende Ereignisse eintreten, auch weiterhin als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Stoffgewerbe.

ap Gebhard & Co., Akt.-Ges., in Vohwinkel. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 (i. V. 12) Proz. fest. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß eine Besserung des Geschäftsganges durch Steigerung des Gesamtumsatzes vorliege. Dagegen geht der Absatz in den auszubringenden Spezialartikeln ständig weiter zurück. Die beiden Tatsachen dürften sich bezüglich des Geschäftsgewinnes ungefähr ausgleichen. Die beabsichtigte Ausdehnung der Fabrikationsinteressen auf Rußland konnte noch nicht durchgeführt werden. Nach Abschluß der zurzeit schwebenden Verhandlungen wird man einer Generalversammlung entsprechende Vorschläge machen.

— Vereinigte Glanzstofffabriken, Akt.-Ges. Nach einer Elberfelder Drahtmeldung setzte die Generalversammlung die Dividende auf 34 Proz. fest. Mitgeteilt wurde, daß die Hauptabnehmer, die Besatzindustrie, auch im Vorjahr unter der Ungunst der Mode zu leiden hatte. Wenn trotzdem der Umsatz gestiegen sei, so liege das daran, daß andere Branchen immer mehr zur Verwendung des Materials übergingen. Dadurch würden aber auch die Ansprüche gesteigert, so daß man erhebliche Mittel für Modernisierungen aufwenden müsse. Das laufende Jahr habe bisher ein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht.

Transportwesen.

Straßenbahn-Gesellschaft in Braunschweig. Dem Bericht des Vorstandes zufolge haben sich im Jahre 1913 die Verkehrseinnahmen auf den Stadtlinien auf 1 096 721 (i. V. 1 078 607) \mathcal{M} , auf der Bahn Braunschweig-Wolfenbüttel auf 213 155 (169 719) \mathcal{M} gestellt. Die Einnahmen aus dem Stückgutverkehr der Linie Braunschweig-Wolfenbüttel betragen 18 147 (16 542) \mathcal{M} . Der Gesamtanlassbetrag im elektrischen Betriebe betrug 11 337 (10 160) Kilowatt. Die abgegebenen Kilowattstunden betragen 5 776 846 (mit Einschluß von 86 119 von der Straßenbahn abgegebenen) gegen 4 706 789 im Vorjahr. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Uberschuß von 462 013 (459 182) \mathcal{M} , woraus bekanntlich wieder 7 Proz. Dividende verteilt und 15 245 (12 417) \mathcal{M} auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Kamerun-Schiffahrts-Gesellschaft in Hamburg. Dieses neue Unternehmen, das Kolonialgesellschaft ist und Rechtsfähigkeit besitzt, ist ins Handelsregister eingetragen worden. Es bezweckt, nach und in überseeischen Ländern, insbesondere in deutschen Schutzgebieten Kamerun und in den angrenzenden Gebieten, Schiffahrt, zumal Flußschiffahrt, sowie dazugehörige gewerbliche Unternehmungen zu betreiben und zu diesem Zwecke auch Grundbesitz zu erwerben. Ferner ist Gegenstand

des Unternehmens die Uebernahme der jetzigen Schiffahrtbetriebe der Société des Messageries Fluviales du Congo zu Paris, soweit diese sich auf das Schutzgebiet Kamerun in seiner durch den deutsch-französischen Vertrag vom 4. November 1911 festgesetzten Ausdehnung erstrecken. Vorstand der Gesellschaft sind Kaufmann O. C. Th. Ritter zu Hamburg und Kaufmann Hyacinthe Alphonse Fondère zu Paris.

Verschiedene Gesellschaften.

zK Heine & Co., Akt.-Ges., in Leipzig. Wie wir erfahren, kommen infolge einer 10proz. Umsatzsteigerung im 1913 wieder 15 Proz. Dividende nach sehr reichlichen Rückstellungen auf das erhöhte Aktienkapital von 4 600 000 \mathcal{M} zur Ausschüttung. Im neuen Geschäftsjahr ist das Unternehmen laut Mitteilung der Verwaltung sehr reichlich beschäftigt.

— Vom Rheinisch-Westfälischen Zementverband. Der am 4. April stattfindenden Gesellschafterversammlung werden folgende Anträge unterbreitet: 1. Genehmigung des mit dem Portlandzementwerk Burania getroffenen Abkommens. 2. Genehmigung von Kartellverträgen und Sonderabkommen. 3. Beschlußfassung über Erhöhung des Stammkapitals um 18 500 \mathcal{M} auf 1 088 100 \mathcal{M} . 4. Beschlußfassung über Aenderung des Lieferungsvertrages durch Aufnahme der Burania mit einer Beteiligungsziffer von 340 000 \mathcal{M} .

Außerdem stellen die Wickingschen Werke folgenden Antrag: Die Errichtung von Zementwerken zur Herstellung von Bindemitteln, die unter den Vertrag des Zement Syndikats fallen, ist für die Dauer des Bestehens des Zementverbandes nicht erlaubt.

Weiter wird beantragt: Beschlußfassung darüber, einem noch zu benennenden Gesellschafter ein kurzfristiges Kündigungsrecht des Gesellschafts- und Lieferungsvertrages zu gewähren, um dadurch Neugründungen wirksam entgegenzutreten zu können, so daß jederzeit eine sofortige Auflösung des Verbandes herbeigeführt werden kann.

Im Falle der Annahme der erwähnten Kartellverträge und Sonderabkommen soll eventuell die Festsetzung der Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen für das laufende Jahr und die Festsetzung der Vergütungen an die Werke erfolgen, ebenso die Bestimmung der Preise für Exportfässer für 1914, die der Verband an die Werke liefert. Ein weiterer Punkt sieht die Beschlußfassung über die Angebote des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats in Liquidation auf Uebernahme des Inventars und der Fabrik vor. Ein Eventualantrag bestimmt im Falle der Ablehnung der zu den Punkten 1 und 2 gestellten Anträge Beschlußfassung über die eventuelle Auflösung des Verbandes.

Gustav Genschow & Co., Akt.-Ges. (Waffenfabrik), in Berlin. In Ergänzung der bereits mitgeteilten, wichtigsten Abschlußdifferenzen für 1913, nach denen wieder 12 Proz. Dividende verteilt werden, geben wir aus dem Geschäftsbericht nachfolgende Ausführungen wieder:

Während das Jahr 1912 noch unter dem Zeichen der beiden Balkankriege gestanden hat, machte sich im Berichtsjahre eine Störung der Geschäfte in Mittel- und Südamerika bemerkbar. Die in Mexiko ausgebrochene offene Revolution hat die dahin angebahnten erfolgversprechenden Beziehungen der Gesellschaft beeinträchtigt und auch auf den Export nach den südamerikanischen Staaten ungünstig eingewirkt. Irgendwelche Verluste sind aber in diesen Ländern nicht zu beklagen; Außenstände besitzt das Unternehmen weder in Mittel- noch in Südamerika. Eine gesteigerte Nachfrage machte sich insbesondere im nahen und fernem Osten bemerkbar.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr dürfen eine günstige Beurteilung erfahren, da der Umsatz in den ersten Monaten dieses Jahres höher gewesen ist und auch die für eine Reihe von Jahren geltenden Lieferungsverträge bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ebenso wie auch die Konventionsverträge erneuert worden sind.

In der Bilanz erscheinen u. a. Bankguthaben mit 661 678 (352 065) \mathcal{M} . Debitoren mit 1 454 085 (1 067 508) \mathcal{M} . Waren mit 1 222 737 (924 955) \mathcal{M} . Kreditoren haben 237 210 (321 163) \mathcal{M} zu fordern.

H. Meinecke, Akt.-Ges., in Breslau. Der Aufsichtsrat schlägt für 1913 die Verteilung von 9 Proz. Dividende (wie i. V.) vor.

Vermischtes.

Londoner Rauchwarenauktion. Der Verband der Leipziger Rauchwarenfirmen, E. V., teilt uns über das Ergebnis der Londoner Auktion vom 27. März mit: Auf der Lampton-Auktion erzielten große Biber Januarpreise, kleine waren 10 Proz. billiger; ferner erreichte Ostera Januarpreise, Seottoren volle vorjährige Märzpreise, Weißfische volle Januarpreise, Blauschneise vorjährige Märzpreise, Lachse Januarpreise, Silberfische, Kreuzfische und virginische Hils verhielten sich entsprechend den Hudsonsbay-Preisen.

Werte ohne Börsennotiz.

Niedrigfried Weinberg, Leipzig, Katharinenstraße 11.
Telegraphen-Adr. Weinberg, Kretschmannshof, Teleph. 204.

Aktien im Proz.	Stück	Preis	Stück	Preis
Deutscher Schokol.	275	275	Deutscher Schokol.	133
Dtsche. Gett. Playw.	275	288	Stahlwerk Becker	133
Deutsche Erdöl, jungf.	211	214	Stahlwerk Becker	133
Heldburg Aktien	19	41	Wend & Neumann	48
Kirchner Vorkurs	103	107	Wurmer Bank	150
Lpx. woch. Frischsch	47	50	Zooing. Garten zu Murb.	300
Leipz. Centralbank	12	11	K. K. (im Markt)	—
Leipz. Creditbank	99	103	Braunauer	468
Leipz. Fuhre, Altler	103	106	Dillitzer	675
Leipz. Kraftmaschinen	18	193	Elsterer Union	—
Leipz. Luftschiffahrt	27	29	Gen. Perysien	625
Leipz. Triebwagenfabr.	153	—	Hüttenwerk	100
Leipz. Vereinsbank	140	145	Victoria Lebnitz	1400
Nassau (trassier)	125	—	U. Ulligat, in Proz.	—
Paradeisbau Wasser	125	122	2 $\frac{1}{2}$ Proz. (in Proz.)	—
Poniger Wsch. V. A.	27	28	4 $\frac{1}{2}$ Proz. (in Proz.)	—
Polyphe-Musikwerke	88	109	5 $\frac{1}{2}$ Proz. (in Proz.)	—

Prämiennotierungen.

Prämie	Stück	Preis	Stück	Preis
Prämie	100	100	Prämie	100
Prämie	100	100	Prämie	100
Prämie	100	100	Prämie	100

Sonst. Prämiennot. stehen teleph. oder schriftl. zur Verfügung.